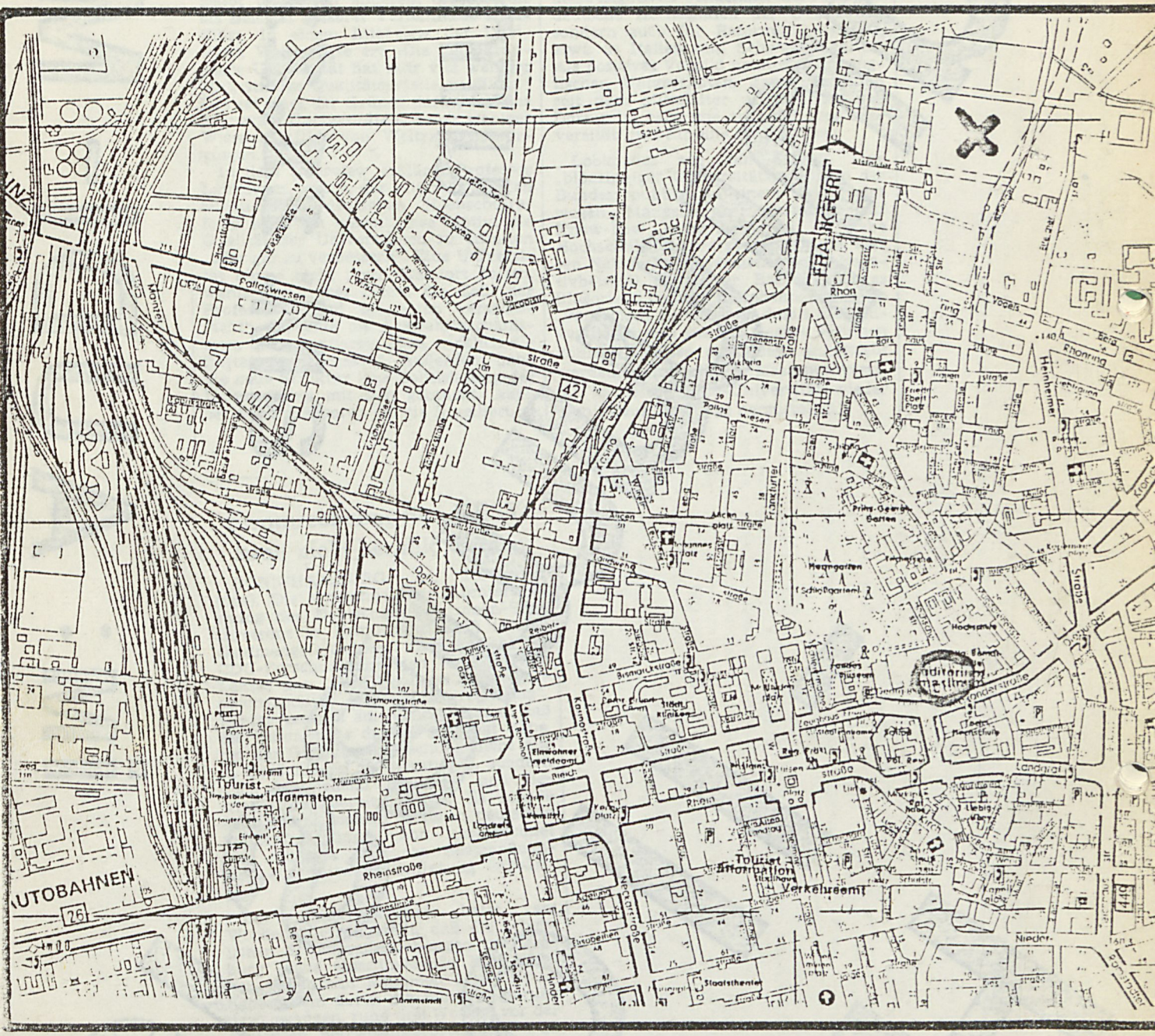
D0280

Landesweite Demonstration Di. 2.12.

15 Uhr in Wiesbaden, Rhein-Main-Halle

Abfahrt Busse und PKW: 14 Uhr, Darmstadt - Messplatz (am Nordbad) X

Zug: Treff 14 Uhr, Hauptbahnhof Darmstadt (GEW-Busse 14 Uhr, DGB-Haus)



Podiumsdiskussion Do. 4.12. 14.00

mit Landtagsabgeordneten zur Sparpolitik

Audi Max THD (Carolinenplatz)

TH-Voll-versammlung

um: 13.20

am: 11.12.80

im: AUDI-MAX

Münchner Uni-Präsident nennt Hochschulreform „blödsinnig"

Lobkowicz beklagt Demokratisierung und Verlust an Qualität

KÖLN, 24. November (AP). Umfassende Kritik hat der Münchener Universitätspräsident Nikolaus Lobkowicz am Hochschulwesen in der Bundesrepublik geübt und unter anderem die Schweiz als Beispiel besserer Verhältnisse angeführt. In einem Interview der Deutschen Welle sagte er: „Die demokratisierte Universität hat sehr viel weniger Mut, strenge Qualitätsurteile zu fällen." Das sei einer der Gründe dafür, daß aus deutschen Universitäten immer weniger Wissenschaftler von Weltrang hervorgingen.

In dem Interview erklärte Professor Lobkowicz weiter, der seit zehn Jahren andauernden deutschen Hochschulreform fehle ein wesentliches Motiv: die Qualität der Universitäten zu erhalten „oder gar zu verbessern". Eine Universität könne nicht ihren Standort halten, wenn man „über Nacht die Zahl der Professoren und Studenten versechsfacht". Es fehle an Auswahlmechanismen, die garantieren, „daß wirklich die Besten drankommen". Außerdem habe die neue Struktur eine Politisierung der Universitäten mit sich gebracht. Auch bei den Professoren sei die Nivellierung eingetreten: „Es sind heute Menschen Professoren geworden, die vor 20 Jahren niemand zu Professoren ernannt hätte."

Der Professor wies darauf hin, daß diese negativen Tendenzen nicht nur für deutsche Hochschulen der Gegenwart, sondern auch für Reformuniversitäten etwa in Italien und Schweden gälten. Als positives Vorbild nannte er die englischen Universitäten, deren Tradition seit dem Mittelalter ungebrochen sei. Dort gelte nach wie vor, daß eine Universität „nur für eine Elite da" sei.

Lobkowicz zog den Schluß, eine „blödsinnige" Universitätsreform in der Bundesrepublik — einem Land, das wegen Mangels an Rohstoffen auf Know-how angewiesen sei — habe Hochschulen hervorgebracht, „die diesen Namen kaum verdienen". Als Negativbeispiel nannte er Bremen. Da es illusorisch sei, alle bestehenden Gesetze „vom Tisch zu wischen, damit die Universitäten sich aus sich heraus besinnen können", müsse zumindest angestrebt werden, „innerhalb der Massenuniversität klassische Elite-Universität wieder wenigstens für einige herzustellen".

Stromrechnung für „DESY" kann nicht bezahlt werden

BONN/HAMBURG, 24. November (dpa). Die vorzeitige Betriebsunterbrechung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons in Hamburg (DESY) infolge Geldmangels bedeutet nach Ansicht des CDU-Forschungsexperten Christian Lenzer den „Offenbarungseid der Forschungspolitik der Bundesregierung". Lenzer verwies am Montag darauf, daß die Union stets darauf gedrängt habe, bei der Grundlagenforschung nicht nur in Großanlagen zu investieren, sondern auch hinreichend Personal- und Betriebsmittel bereitzustellen. Es schade dem internationalen Ansehen deutscher Spitzenforschung, wenn ausgerechnet hier radikale staatliche Sparmaßnahmen eine zeitweise Stillegung erzwängen.

Ein DESY-Sprecher hatte am Wochenende mitgeteilt, daß die erheblichen Strompreiserhöhungen in Hamburg sowie einschneidende Kürzungen von rund zehn Millionen Mark Haushaltsmitteln durch die Bundesregierung dazu zwängen, rund drei Wochen vor der geplanten Betriebsunterbrechung — zu Weihnachten — die Beschleuniger- und Speicherringe des erfolgreichen Forschungszentrums stillzulegen. Die Stromkosten für die Anlage betragen jährlich bei einem Gesamtetat von 150 Millionen rund 22 Millionen Mark.

Als Synchrotronstrahlung wird jene elektromagnetsche Strahlung bezeichnet, die beim Betrieb von Kreisbeschleunigern und Speicherringen (wie am DESY) entsteht. Die Strahlung ist laserähnlich gebündelt und erstreckt sich über das gesamte Spektrum, vom Infrarot bis hin zum Röntgenbereich. Sie ist vielfach intensiver als die Strahlung von herkömmlichen Lampen oder Röntgenröhren.

Darmstädter Tagblatt 28.11.80

Breites Protest-Bündnis von Professoren und Studenten

Einigkeit in der Ablehnung der Mittelkürzungen in den Hochschulhaushalten / Aktionstage an TH und FHD

(ml) – Auch an Darmstadts Technischer Hochschule scheint es jetzt wegen der geplanten Mittelkürzungen in den Hochschulhaushalten „in die Vollen" zu gehen: am Mittwoch hat der Konvent der THD, das höchste beschlußfassende Gremium der Hochschule, eine Resolution verabschiedet, in der den Fachbereichen empfohlen wird, in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember die Auswirkungen des gekürzten Kultusetats auf ihren Lehrbetrieb aufzuzeigen, zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Als eine geeignete Maßnahme sieht es der Konvent an, die Lehrveranstaltungen in der kommenden Woche so vorzunehmen, als wären die beabsichtigten Mittelkürzungen bereits Realität geworden. Im übrigen sollen Lehrveranstaltungen ausfallen, soweit diese mit Informationsveranstaltungen kollidieren.

Es wird nun vornehmlich an den Studenten liegen, inwieweit sie durch Planung und Realisierung solcher Veranstaltungen eventuell den Lehrbetrieb völlig zum Erliegen bringen. Für Dienstagnachmittag (2. 12.) ist bereits eine zentrale Demonstration in Wiesbaden geplant, zu deren Teilnahme der Allgemeine Studentenausschuß der THD (AStA) alle Hochschulangehörigen aufgefordert hat. Der Antrag, die ausgefallenen Vorlesungen am Ende des Semesters nachzuholen, verfehlte im Konvent nur knapp die Mehrheit.

Am Tage der Konventssitzung versammelten sich 2000 Studenten im Audimax zu einer Vollversammlung. Seit zwei Jahren war eine so große Teilnehmerzahl an einer Vollversammlung nicht mehr erreicht worden. In einem Flugblatt würdigt der AStA diese Tatsache als klaren Protest „gegen den Abbau eines vernünftigen Bildungssystems". Auch aus den einzelnen Fachschaften wurde erhebliche Kritik an den geplanten Kürzungen im Kultusetat deutlich.

Das Erscheinen des Präsidenten, der seine Solidarität mit den Forderungen der Studenten erklärte, und der Vizepräsidenten der THD auf der Vollversammlung wertet der AStA als Signal für ein „Breites Bündnis aller Hochschulangehörigen". TH-Präsident Böhme zeichnete zu Beginn der Konventssitzung ein drastisches Bild der geplanten Kürzungsmaßnahmen. Am gravierendsten werden sich die Besetzungssperre von drei Monaten bei sämtlichen Neueinstellungen, der Stellenabzug von drei Prozent und die Kürzung der Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte um 25 Prozent, auswirken. „Die Priorität für die Bildungspolitik ist nicht mehr vorhanden", konstatierte Böhme.

Seit 1970 seien die Studentenzahlen um 54 Prozent gestiegen, in allen anderen Bereichen der Hochschule werde demgegenüber „heruntergefahren", sagte Böhme. Der TH-Präsident erblickte darin eine Gefährdung der technischen Entwicklung überhaupt. Man stehe nun vor der Frage, wie die Universitäten Prioritäten in Verantwortung für die heranwachsende Generation setzen könnten. Böhne forderte zum gemeinsamen Vorgehen aller Hochschulangehörigen auf.

In einer Resolution, die der Konvent zustimmend zur Kenntnis nahm, wandte sich auch der Personalrat der THD gegen die geplanten Mittelkürzungen. In, einem Zeitraum, in dem die Studentenzahlen zugenommen hätten, seien Arbeitsplätze verlorengegangen. Auch Mittel für die Arbeitssicherheit seien gestrichen worden. All dies führe zu einer Erhöhung der Arbeitsbelastung. „Die Sparpolitik im öffentlichen Dienst auf Kosten der Bediensteten und der Allgemeinheit kann nicht mehr hingenommen werden", erklärte der Sprecher des Personalrats.

In weiteren Entschließungspunkten fordert der Konvent die Hochschule und ihre Gremien auf, zunächst dafür Sorge zu tragen, daß der Lehrbetrieb in der jetzigen Form so lange wie möglich aufrecht erhalten bleibt. Auch studienreformerische Ansätze dürften nicht in Frage gestellt werden. Dieses Vorgehen könnte dazu führen, daß sämtliche Mittel vor Abschluß des Haushaltsjahres 1981 aufgebraucht sind und der Lehr- und Forschungsbetrieb dann völlig zum Erliegen kommt. Damit würde aber der Öffentlichkeit und den politisch Verantwortlichen demonstrativ verdeutlicht und erkennbar gemacht, welche Auswirkungen die Streichungspolitik konkret hat, und daß unter solchen Bedingungen eine wissenschaftliche Ausbildung nicht mehr möglich ist. Der Konvent der THD widersetzt sich auch allen Maßnahmen, die die soziale Lage der Studenten verschärfen (Einsparungen im BaföG-Bereich und Wohnheimbau), da dies zu einem sozialen numerus clausus führe und das Recht auf Bildung zu einem Privileg für wenige mache.

Auch an der Fachhochschule Darmstadt wird in der ersten Dezemberwoche protestiert. Der Rektor der FHD, Hans-Jürgen Zubrod, rief Professoren und Mitarbeiter auf, die Beschlüsse der Vollversammlung zu unterstützen und den zeitweisen Unterrichtsausfall in Kauf zu nehmen. An die Dekane appellierte Zubrod, die Aktionstage nicht zu behindern.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.80:

Hochschulen protestieren gegen Sparpläne des Landes

Eine „Aktionswoche" verdrängt Lehrveranstaltungen / „Unsere Duldungsbereitschaft ist erschöpft"

Darmstadt (spi). An beiden Darmstädter Hochschulen werden die Lehrveranstaltungen in der kommenden Woche weitgehend ausfallen. Studenten, Professoren und Mitarbeiter wollen statt dessen die Folgen der von der hessischen Landesregierung beabsichtigten Sparmaßnahmen im Hochschulbereich diskutieren und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf lenken, welche Auswirkungen eine Reduzierung der Personalausstattung und die vorgesehene Stellensperre mit sich brächten. Eine derartige Verschlechterung der Ausbildungsqualität, heißt es in einem vom Konvent der Technischen Hochschule Darmstadt einstimmig gefaßten Beschluß, werde ein qualifiziertes wissenschaftliches Studium unter gegenwärtigen Bedingungen unmöglich machen.

Am Tag zuvor hatte die Vollversammlung der TH-Studenten bereits beschlossen, vom 1. bis 5. Dezember eine „Aktionswoche" zu organisieren und in dieser Zeit den Lehrveranstaltungen fernzubleiben. Wie ein AStA-Sprecher gestern sagte, sei damit kein Vorlesungsboykott beabsichtigt. Vielmehr sollten in den zwanzig Fachschaften der Hochschule zahlreiche Arbeitssitzungen und Diskussionen stattfinden, um zur inhaltlichen Klärung der Lage und zur Information beitragen. Daneben sind zentrale Veranstaltungen geplant. Am Montag wollen die einzelnen Fachbereiche in der Darmstädter Innenstadt Informationsstände aufbauen, um die Bevölkerung über die „Streichungspolitik" der Landesregierung im Bildungswesen und speziell im Bereich der hessischen Hochschulen zu unterrichten. Am Dienstagnachmittag beteiligen sich Darmstädter Studenten an einer Demonstration mit anschließender Kundgebung in Wiesbaden. Die Fahrkarten für sechzehn Omnibusse und vier Eisenbahnwaggons, die von den Darmstädter Hochschulen für die Fahrt nach Wiesbaden angemietet wurden, sind bereits ausverkauft.

An der Technischen Hochschule Darmstadt studieren in diesem Wintersemester rund zwölftausend Studenten. Die Fachhochschule ist mit knapp viertausend Studierenden wesentlich kleiner. Sie wird jedoch, wie Rektor Hans-Jürgen Zubrod erklärte, unter den Sparmaßnahmen der Landesregierung womöglich noch stärker zu leiden haben als die „größeren Organisationseinheiten". Eine zum Teil weit über zweihundert Prozent liegende Auslastung der Räume macht deutlich, daß die Gebäude des Fachhochschule Darmstadt mit der wachsenden Zahl von Studierenden seit Jahren nicht Schritt gehalten haben. Das Raumangebot sei für halb so viele Studenten angemessen. Um so härter träfe die Fachhochschule die Beschneidung der Haushaltsmittel für Um- und Erweiterungsbauten, mit denen sie sich über den „katastrophalen Raummangel" (Zubrod) hinweghelfen könnte: Von beantragten 1,4 Millionen Mark sollen nur 325 000 Mark gewährt werden.

Zubrod bezeichnete die gegenwärtige Stimmung an der Fachhochschule als explosiv. „Unsere Duldungsbereitschaft ist erschöpft. Entsprechend groß ist das Wohlwollen der Professoren gegenüber den Aktivitäten der Studentenschaft. Die Fachhochschullehrer fühlen sich zwar verpflichtet, auch in der kommenden Woche ihren Dienstobliegenheiten nachzukommen, wollen gleichzeitig aber dafür sorgen, daß den Studenten, die sich an der Aktionswoche beteiligen, keine Nachteile entstehen. Klausuren sollen nach Möglichkeit verschoben werden, die Dekane sind aufgerufen, versäumte Lehrveranstaltungen zu anderer Zeit nachzuholen.

An der Technischen Hochschule war zunächst unklar, wie weit der studentische Protest von Professoren und Präsidium mitgetragen werde. Während die Resolution in der Konventssitzung einstimmig verabschiedet wurde, fand ein Antrag der wissenschaftlichen Mitarbeiter nur mehrheitliche Zustimmung. Darin wurde den Fachbereichen empfohlen, in der Zeit vom 1. bis 5. Dezember die Auswirkungen der Etatkürzungen auf den Lehrbetrieb aufzuzeigen, zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Lehrveranstaltungen sollten nach dem Wortlaut dieses Antrags nur ausfallen, „sofern diese mit Informationsveranstaltungen oder Demonstrationen kollidieren".

Präsident Professor Dr. Helmut Böhme ergänzte diesen Beschluß gestern mit der Empfehlung, während der zentralen Protestaktionen am Montag, Dienstag und Donnerstag sämtliche Lehrveranstaltungen zu streichen. Im übrigen sollten die Dekane der einzelnen Fachbereiche entscheiden, wann Vorlesungen oder Übungen zugunsten der Aktionswoche ausfallen könnten.

In der Resolution hatte der Konvent der Technischen Hochschule unter anderem auf die Folgen des beabsichtigten Personalabbaus für betreuungsintensive Praktika und Kleingruppenübungen hingewiesen. Die Versuche im physikalischen Grundpraktikum, die Konstruktionsübungen mit Maschinenelementen und das Maschinenpraktikum in der Elektrotechnik müßten bei noch weniger Betreuungspersonal ausfallen, weil die Gruppen schon jetzt zu groß seien. In einigen Bereichen könnten, wie in der Resolution weiter aufgeführt wird, sicherheitstechnische Vorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen nicht mehr eingehalten werden. Außerdem warnte der Konvent der Darmstädter Hochschule vor Einsparungen auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung und des Wohnheimbaus. Die soziale Lage der Studenten dürfe nicht verschlechtert werden. Er widersetze sich allen Maßnahmen, erklärte der Konvent, die auf eine Einführung des sozialen Numerus clausus hinauslaufen und das Recht auf Bildung zu einem „Privileg für wenige" machen könnten.

Darmstädter Echo, 1.12.80:

Hochschulen verzeichnen einen Teilerfolg

Land reduziert das Ausmaß der Kürzungen – Sorgen vor der nahen Zukunft

(DE). Die Präsidenten der hessischen Universitäten haben sich nach einem Gespräch mit dem Haushaltsausschuß des Landtages noch einmal mit dem Haushaltsplan des Landes für das Jahr 1981 befaßt.

In einer vom Vorsitzenden, TH-Präsident Professor Böhme, unterzeichneten Erklärung heißt es: „Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Bemühungen der vergangenen Wochen dazu geführt haben, daß das Land wenigstens zum Teil von seinen undiskutablen Vorstellungen abgerückt ist." So habe bei den Stellensperren wenigstens eine Gleichstellung mit den übrigen Behörden erreicht und damit eine überproportionale Belastung der Universitäten vermieden werden können.

Weiterhin verbleibt das Land im Verband der Bundesländer zur Forschungsförderung, und das geplante Modernisierungsprogramm für die Datenverarbeitung könne – wenn auch in gestreckter Form – realisiert werden. Trotz erheblicher Bemühungen der Koalitionsfraktionen konnten die Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte nur um fünf Prozent aufgestockt werden: Es verbleibe eine Kürzung um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahresansatz.

Allerdings konnten die Präsidenten der hessischen Hochschulen einen Haushaltsvermerk durchsetzen, der es den Hochschulen ermöglichen soll, die erforderlichen Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren aus dem Aufkommen freier Stellen zu finanzieren. Dies kann von den einzelnen Hochschulen in je unterschiedlicher Weise ausgenutzt werden.

Dieses Verhandlungsergebnis könne freilich nur ein vorübergehender Kompromiß sein, da die 1980 gestiegenen Studentenzahlen dabei nicht berücksichtigt seien und nach unbestrittener Auffassung in den achtziger Jahren noch weiter anwachsen und den eigentlichen Studentenberg erst hervorbringen werden. Spätestens 1982 seien deswegen nicht nur die Ansätze von 1980 wiederherzustellen, sondern reale Etaterhöhungen unumgänglich.

Auch die soziale Situation der Studenten werde sich in den nächsten Jahren durch mangelnde Wohnheimplätze und steigende Essenspreise verschlechtern. Die Universitätspräsidenten fordern Landtag und Landesregierung auf, ihre Haltung gegenüber den Hochschulen zu ändern und mit dem bereits anvisierten Überlastungsprogramm den extrem wachsenden Studentenzahlen und den dadurch weiter wachsenden Belastungen der Universitäten Rechnung zu tragen.

Frankfurter Rundschau, 1.12.80:

Aktionswoche gegen Mittelkürzungen

DARMSTADT. Aus Protest gegen die vom hessischen Finanzminister für 1981 geplanten Mittelkürzungen an den Hochschulen haben die Technische Hochschule (TH) und die Fachhochschule in Darmstadt (FHD) eine Aktionswoche vom 1. bis 5. Dezember beschlossen, die einem Vorlesungsstreik gleichkommt. Während die Studentenvollversammlungen beider Hochschulen einen Vorlesungsboykott befürworteten, sprach sich der Konvent der TH mehrheitlich dafür aus, während der Aktionswoche „den Lehrbetrieb so zu führen, als wären die geplanten Mittelkürzungen schon Wirklichkeit geworden", und „Vorlesungen ausfallen zu lassen, wenn sie mit Demonstrationsveranstaltungen zeitlich kollidieren".

DGB Hessen

" ...Bereits in den Stellungnahmen der letzten 4 Jahre hatten wir dargelegt, daß erhebliche Mittel für Überstunden bereitgestellt wurden... erwarten wir, daß anstelle der Überstundenvergütung die notwendigen Planstellen geschaffen werden. b) Die personelle Ausstattung aller Hochschulen muß verbessert, und nicht... abgebaut werden... Auch das Stellenkontingent für andere wissenschaftliche Mitarbeiter u. sonstige Mitarbeiter muß angemessen erhöht werden. c) Der Etattitel ... für Beschäftigungsentgelte für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte und Tutoren soll um insgesamt 6,2 Mill. DM gekürzt werden. Diese Kürzungen machen die Hochschulen in weiten Bereichen funktionsunfähig und müssen deswegen zurückgenommen werden. Eine angemessene Erhöhung ist stattdessen erforderlich" (aus: Stellungnahme zum Landeshaushalt)

→

Haushalt 1981

Stellenstreichungen im Lehrerbereich

Albert Schobbe /
Alfred Harnischfeger

Zum ersten Mal soll mit dem vorgelegten Entwurf für das Haushaltsgesetz nicht nur über den Landeshaushalt 1981 entschieden werden. Im jetzigen Entwurf sind Entscheidungen bis zum Jahre 1985 programmiert.

Danach soll das derzeitige Kontingent von ca. 45 500 Lehrerstellen mittelfristig auf 41 200 Stellen abgebaut werden.

Insgesamt also ist bis zum Jahre 1985 ein Abbau von Mitteln im Umfange von ca. 4300 Lehrerstellen vorgesehen.

Der Kabinettsbeschluß spricht von einem Stellenkontingent von insgesamt 42 000. Demnach ist davon auszugehen, daß die zur Zeit 800 1-Jahres-BAT-Verträge im Rahmen der Vertretungsreserve als langfristige Arbeitsverhältnisse vorgesehen sind.

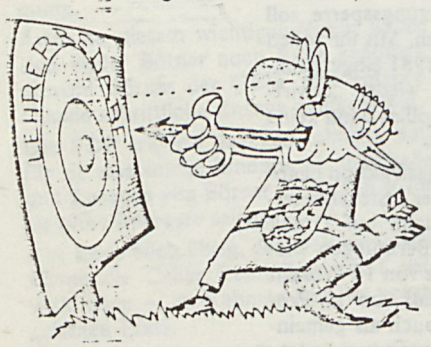
Konkret sehen die Zahlen im Haushaltsplan-Entwurf aus:

Bereich Grund-, Haupt- und Sonderschulen (0453)

1981 werden 100 Stellen (A 12) zur „Verbesserung der personellen und sächlichen Ausstattung der Hochschulen mit Wirkung vom 1. 8. 1981" abgezogen.

1981 werden nur 75 Stellen (Vorjahr 100) als Ersatz für Lehrer, die zur Ausbildung an Sonderschulen beurlaubt werden können, zur Verfügung gestellt. In einem Stufenplan ist die weitere Reduzierung dieser für die Sonderschulen lebensnotwendigen Zusatzausbildung vorgesehen.

Für 1982/83 liegt ein Stufenplan zur Reduzierung von insgesamt 1359 Stellen in den Besoldungsgruppen A 12 / A 13 vor; bis 1985/86 sollen dann nochmals 340 bzw. 339 Stellen pro Schuljahr gestrichen werden. Dazu heißt es im Haushaltsentwurf: „... entsprechend den stark rückläufigen Schülerzahlen (werden) die Planstellen und Stellen für Lehrkräfte einschließlich der Mittel für Lehraufträge, Überstunden, nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht im Schulbereich, aber ohne Anrechnung des von Referendaren erteilten eigenverantwortlichen Unterrichts, stufenweise auf insgesamt 4200 reduziert".



BAT-Mittel bzw. Stellenumwandlungen (2/3-BAT-Lehrer) in Planstellen

Zum 1. 2. 1981 sollen folgende BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden.

Gymnasialer Bereich	120
Berufsschulbereich	85
Summe	205

Der Haushaltsentwurf sieht im Grundschulbereich wie im Haupt- und Realschulbereich keine Umwandlung der 2/3-Stellen vor. Dies würde bedeuten, daß ca. 240 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer entlassen werden sollen, da für sie der Haushalt keine Stellen vorsieht.

zum 1. 8. 1981 sollen weitere BAT-Stellen in Planstellen umgewandelt werden:

Im gymnasialen Bereich	275
im Berufsschulbereich	229
Summe	504

Umwandlungen.

Wiederum ist für den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulbereich keine Umwandlung vorgesehen. Dies bedeutet die vorprogrammierte Entlassung von noch einmal ca. 410 Kolleginnen und Kollegen.

Schlußfolgerungen

Wenn es bei den diesjährigen Haushaltsberatungen nicht gelingt, sowohl die beabsichtigte Einsparung von 100 Lehrerstellen rückgängig zu machen, wie die Streichung der sogenannten kw-Vermerke (kw = künftig wegfallend) aus dem Entwurf für den Landeshaushalt 1981 zu erreichen, dann werden einige wichtige Maßnahmen den Sparplänen der Landesregierung zum Opfer fallen:

Zuschlag zur Unterrichtung von ausländischen Kindern

Der unzureichende Zuschlag von 75 : 1 wird derzeitig aus der gültigen Schüler-Lehrer-Relation finanziert: es gibt kein Zusatzprogramm, sondern die Lehrerstunden werden den Schulen in Abzug gebracht.

Eine Verbesserung des Zuschlages auf 50 : 1 unter Einbeziehung der beruflichen Schulen und Gymnasien erfordert die Ausweisung von 1850 Lehrerstellen.

Vertretungsreserve

Nach unseren Berechnungen müßte die Vertretungsreserve mindestens um weitere 700 auf 1500 Stellen erhöht werden, damit den Schulen Überhangstunden für die tägliche Vertretungsreserve zur Verfügung stehen.

Fördermaßnahmen

Um überhaupt Fördermaßnahmen in nennenswertem Umfang durchführen zu können, sind als Minimum weitere 200 Stellen erforderlich.

Ungünstige Jahrgangsbreiten

Zur Erhaltung von Grundschulen, die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen vor der Schließung stehen, werden mindestens weitere 200 Stellen benötigt.

Ganztagsschulen

Will man im Ansatz Ganztagsschulen ernsthaft weiter verfolgen, so werden dafür 250 weitere Stellen gebraucht.

Verbesserte Relation an Sonderschulen

Damit unseren Forderungen nach einer verbesserten Schüler-Lehrer-Relation an Sonderschulen wenigstens im Groben entsprochen wird, müssen weitere 450 Stellen bereitgestellt werden.

Arbeitszeitverkürzung

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für Berufsschullehrer und arbeits-technische Fachlehrer erfordert 190 Stellen.

Eine Stunde Kürzung für Hauptschullehrer an Förderstufen erfordert 110 Stellen.

Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung für die übrigen Grund- und Hauptschullehrer im Bereich der Mittelstufe erfordert 130 Stellen.

Eine zusätzliche Stunde Altersermäßigung erfordert 155 Stellen.

Haushalt 1981
Ergebnis der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion

Außer Spesen nichts gewesen

Das Ergebnis der Klausurtagungen der Koalitionsfraktionen ist inzwischen bekannt. Für den Schulbereich ergibt sich folgendes:

Schülerbeförderung

Die Koalitionsfraktionen einigten sich darauf, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches die Schülerbeförderung künftig in die Hand der Kommunen zu geben. Dies bedeutet, daß die ca. 160 Millionen aus dem Etat des Kultusministers herausgenommen und dem Etattitel „Kommunaler Finanzausgleich" zugeführt werden.

Demnach erhalten die Schulträger in bisheriger Höhe anteilig die vorhandenen Gelder. Sie können damit frei wirtschaften, so daß erwirtschaftete Gelder bei der Kommune verbleiben.

Stellenbesetzungssperre

Zunächst war sich die SPD-Landtagsfraktion geschlossen einig, daß die beabsichtigte Stellenbesetzungssperre von 10 Prozent zurückgenommen werden muß. Ministerpräsident Börner und Finanzminister Reitz haben sich nach unseren Informationen jedoch an dieser Diskussion nicht beteiligt. Während der Klausurtagung wurde nach Kontaktaufnahme mit der FDP festgelegt, daß für den Haushalt 1981 der Stellenplanfond von 1980 als Ausgangspunkt zu dienen habe. Die beabsichtigte Stellenbesetzungssperre soll 1981 durchgesetzt werden. Mit ihr sollen die im Gesamthaushalt 1981 eingebrachten zusätzlichen Stellen wieder „erwirtschaftet" werden. 1982 soll es dann keine einzige neue Stelle geben.

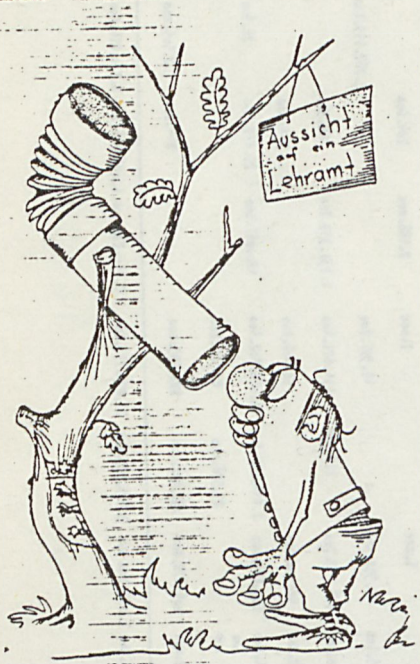
Die von der SPD-Landtagsfraktion beabsichtigte Streichung der Stellenbesetzungssperre fand sich dann auf Druck der FDP am Ende der Beratungen wieder, jedoch nicht in Höhe von 10 Prozent sondern in einem Ausmaß von 15 Prozent. So wurde es dann auch als gemeinsame Koalitionsvereinbarung verkündet.

Aus der Tatsache, daß sich Ministerprä-

Landeshaushalt 1981

sident Börner und Finanzminister Reitz an der Diskussion um die Stellenbesetzungssperre nicht beteiligten, kann man als Beobachter ohne Not schließen, daß Ministerpräsident und Finanzminister eine Allianz mit der FDP gegen die SPD-Landtagsfraktion innerhalb der Koalition eingegangen sind.

FDP-Fraktionssprecher Wilke hatte bereits im Vorfeld der Klausurtagung verkündet, daß im Jahre 1981 400 Lehrerstellen im Kultusetat einzusparen seien. Prompt wurde dieser Wunsch erfüllt: je 15 Prozent Stellenbesetzungssperren im Hochschulbereich und im Schulbereich sollen insgesamt 250 wegfallende Stellen erbringen. Zusammen mit dem Abzug der 100 Stellen aus dem Schulbereich werden also insgesamt 350 Stellen wegfallen.



Arbeitszeitverkürzung für Lehrer

Die Forderung nach Verwirklichung der Celler Beschlüsse, wie sie der GEW-Landesvorstand mit der Fraktionsspitze der SPD-Fraktion besprochen hatte, stieß in der SPD-Fraktion auf ungeteilte Zustimmung.

Auch zu diesem wichtigen Punkt haben sich weder Börner noch Reitz geäußert, obwohl Börner der GEW eine entsprechende schriftliche Zusage gemacht hat.

Die FDP erklärte dagegen schlicht, daß für sie eine solche Bindung nicht bestehe und Zusagen von Börner an die GEW für sie ohne Interesse seien.

Am Ende blieb übrig, der Kultusminister könne die Celler Beschlüsse 1981 verwirklichen — im Rahmen des ihm vorgegebenen Etats.

Zusätzliche Stellen dafür stießen auf das absolute Nein der FDP.

Krollmann hat an dieser Stelle erklärt, daß er zusätzliche Stellen nicht erwirtschaften könne, zumal dies nur zu Lasten der Schüler-Lehrer-Relation ginge.

Letzte Meldung:

Nicht 100 Stellen sollen 1981 gestrichen werden, sondern 260!

Dadurch soll der Verzicht auf die Stellenbesetzungssperre aufgefangen werden. Nur massive Aktionen können den Landtag bewegen, fragt bei Euren Kreisvorsitzenden an.

Uwe Hartwig

kw-Vermerke

Über die beabsichtigte Kürzung des Gesamtstellenaufkommens über kw-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) wurde von der SPD-Landtagsfraktion nicht mehr diskutiert, da nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden keine Chance bestehe, die beabsichtigte Kürzung der Lehrerstellen auf 42 000 bis 1985 zu revidieren.

Die FDP will von ihrem Standpunkt nicht abgehen.

Insgesamt: Eine Fraktion scheint guten Willens, jedoch gelingt es ihr nicht, vernünftige Absichten in praktische Politik umzusetzen. *Uwe Hartwig*

Abschluß Haushaltsjahr 1981 – Entwurf –

Einzelplan	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben DM	Eigene Einnahmen DM	Übertragungseinnahmen DM	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen DM	Gesamteinnahmen DM	Persönliche Verwaltungsausgaben DM	Sächliche Verwaltungsausgaben DM	Ausgaben für den Schuldendienst DM	Übertragungsausgaben DM	Bauausgaben DM	Sonstige Investitionsausgaben DM	Besondere Finanzierungsausgaben DM	Gesamtausgaben DM	Überschuß (+) Zuschuß (–) DM
01	Hessischer Landtag		41.500			41.500	21.151.600	2.838.200		6.975.600		331.000		31.246.400	– 31.204.900
02	Hessischer Ministerpräsident		175.900	34.000	250.000	459.900	30.094.300	6.069.400		612.700		207.900		36.983.800	– 36.523.900
03	Hessischer Minister des Innern		53.012.600	9.752.800	6.421.100	69.186.500	738.195.600	148.180.700	796.000	15.471.600	3.302.300	64.022.100	6.695.100	976.663.400	– 907.476.900
04	Hessischer Kultusminister		453.572.300	307.895.300	99.405.500	860.873.100	3.665.048.800	494.645.100	77.900	661.316.200	3.668.100	149.659.100	2.338.200	4.976.753.400	– 4.115.880.300
05	Hessischer Minister der Justiz		232.424.600	2.300.200		234.724.800	491.895.900	148.171.600	170.000	15.587.100	3.594.200	17.197.300		676.616.100	– 441.891.300
06	Hessischer Minister der Finanzen		37.500.000	85.291.700	28.156.900	150.948.600	462.907.600	54.888.000		2.205.400	28.704.400	2.266.500	26.300.000	577.771.900	– 426.823.300
07	Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik		55.212.000	47.877.800	58.400.000	161.489.800	263.221.300	84.341.900		63.840.000	287.980.900	79.472.800	10.900.000	789.756.900	– 628.267.100
08	Hessischer Sozialminister		12.464.800	27.948.100	41.234.500	76.647.400	147.620.600	41.389.300	48.300	189.666.200	477.400	50.577.000	5.737.000	435.515.800	– 358.868.400
09	Hessischer Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten	22.773.000	255.743.700	78.591.500	86.321.900	443.430.100	398.336.900	82.533.100		77.576.300	10.323.400	157.383.500	16.019.800	742.173.000	– 298.742.900
10	Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten		11.800			11.800	2.079.400	544.300				71.400		2.695.100	– 2.683.300
11	Hessischer Rechnungshof		35.700			35.700	6.125.700	649.100			107.500	110.600		6.992.900	– 6.957.200
12	Landespersonalamt Hessen			1.000		1.000	2.166.000	104.600		2.000		6.700		2.279.300	– 2.278.300
13	Landesschuld		5.100	49.392.600		49.397.700			2.267.193.100	2.110.000				2.269.303.100	– 2.219.905.400
14	Versorgung		350.000	114.153.700	117.700	114.621.400	1.131.339.200	19.300		8.726.000				1.140.084.500	– 1.025.463.100
16	Wiedergutmachung		9.800	58.400.000		58.409.800		534.000		152.419.000				152.953.000	– 94.543.200
17	Allgemeine Finanzverwaltung	12.911.000.000	144.464.000	157.191.000	2.844.047.400	16.056.702.400	480.047.100	25.872.300	26.500	3.083.273.500	796.800	1.045.625.200	80.726.000	4.715.867.400	+ 11.340.835.000
18	Staatliche Bauaufnahmen		100		89.596.000	89.596.100					288.290.000	33.910.000		322.200.000	– 232.603.900
19	Förderung des Wohnungs- und Städtebaues		172.072.000	104.478.800	251.642.200	528.193.000		844.200	2.505.000	179.178.800	10.000	856.876.600		1.039.414.600	– 511.221.600
		12.933.773.000	1.417.095.900	1.038.308.500	3.505.593.200	18.894.770.600	7.840.230.000	1.091.625.100	2.270.816.800	4.458.909.900	626.755.000	2.457.717.700	148.716.100	18.894.770.600	–

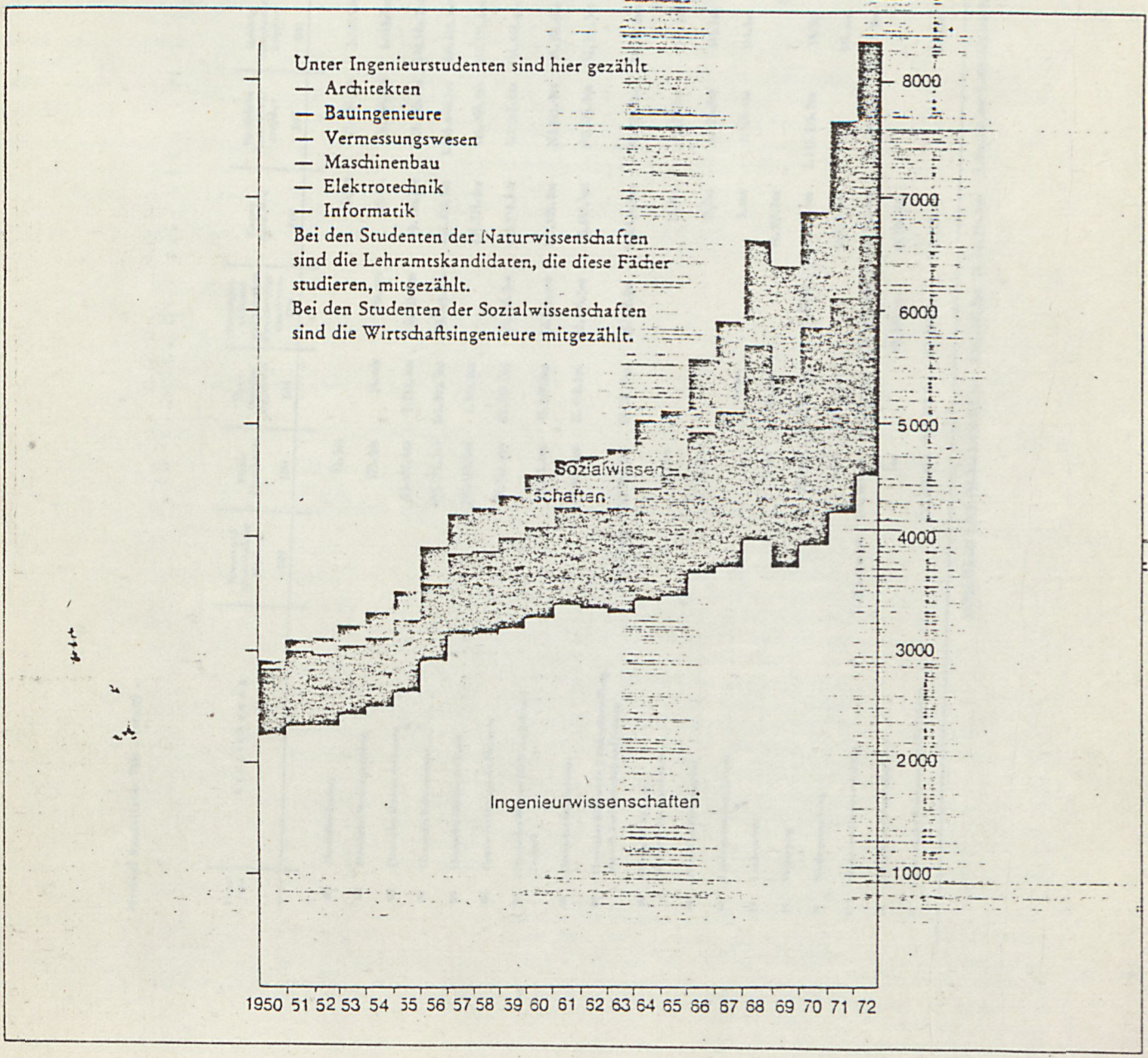
Hier sind noch einige Graphiken und Zahlen aus den Rechenschaftsberichten des Präsidenten zusammengefaßt!

Michael

Rechenschaftsbericht des Präsidenten ist mit RP abgelichtet (wegen Quellenangaben)

RP-72/73

Entwicklung der Studentenzahlen



RP 72/73

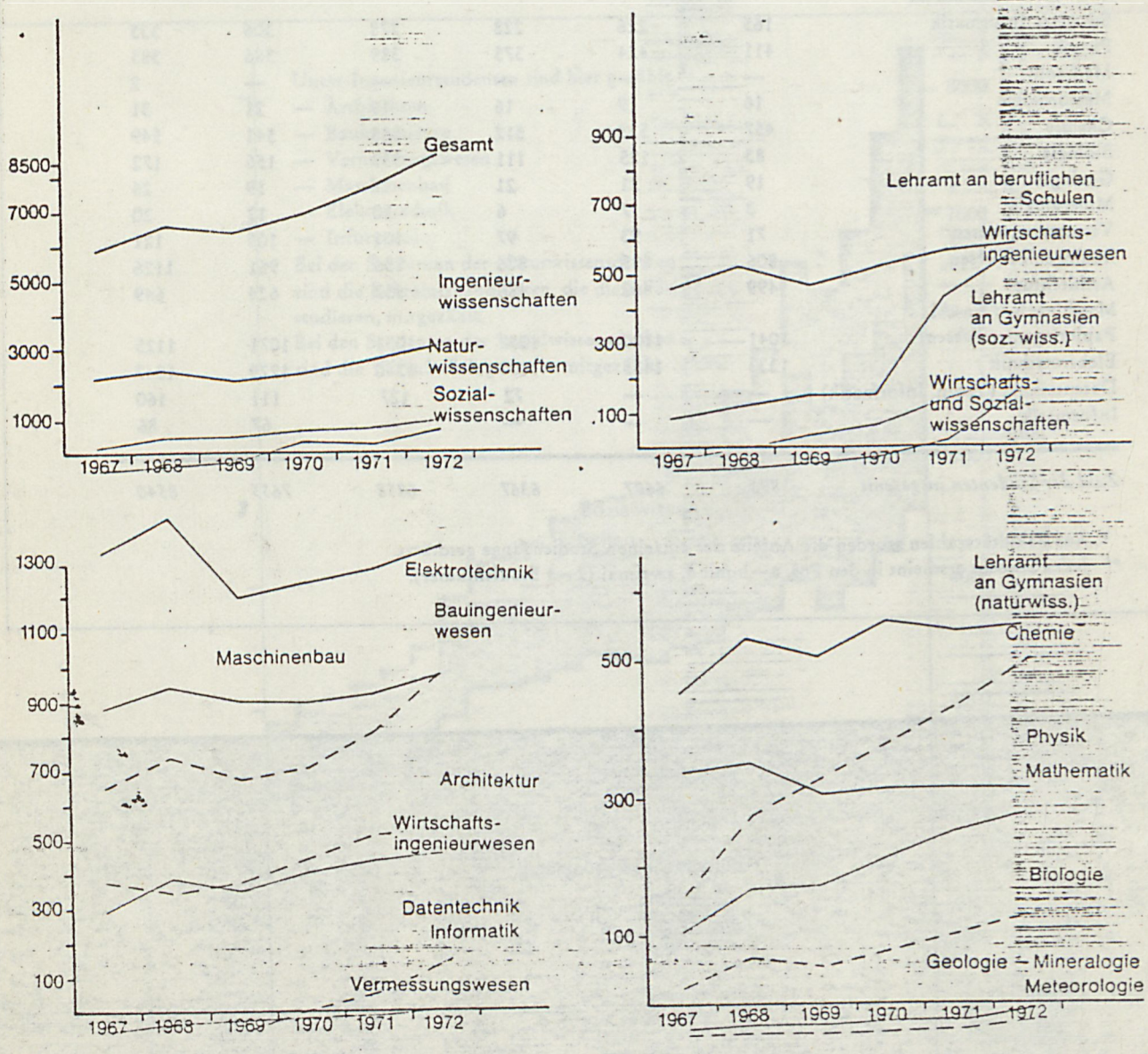
13

Studiengänge	1967*	1968*	1969*	1970*	1971	1972
Wirtschaftsingenieurwesen-MB	406	502	470	521	552	572
Wirtschaftsingenieurwesen-ET	—	—	—	—	—	—
Sozialwissenschaften	54	54	63	74	132	272
Lehramt an beruflichen Schulen	227	258	290	292	570	688
Lehramt an Gymnasien	302**	453**	537**	625**	742**	876**
a) Sozialkunde (Wiss. Politik)	62	76	112	134	180	223
b) Geschichte	—	—	—	12	47	73
c) Leibeserziehung	81	134	180	205	265	303
d) Mathematik	106	175	184	223	252	304
e) Physik	81	128	133	154	164	195
f) Chemie	87	117	141	165	167	199
g) Biologie	112	152	199	231	250	279
h) Geographie	93	144	153	181	209	231
Psychologie	—	—	—	—	—	—
Mathematik einschl. m. Schwerp. Informatik	165	226	228	278	306	333
Physik	411	424	375	389	386	385
Mechanik	—	—	—	—	—	2
Meteorologie	16	19	16	19	21	31
Chemie	457	533	512	558	541	549
Biologie	83	125	111	138	156	172
Geologie	19	21	21	22	19	26
Mineralogie	3	7	6	10	12	20
Vermessungswesen	71	93	97	101	105	121
Bauingenieurwesen	806	895	826	856	961	1126
Architektur	499	462	486	557	624	649
Maschinenbau einschl. Papieringenieurwesen	1041	1100	1058	1051	1071	1125
Elektrotechnik	1333	1435	1199	1240	1279	1347
Datentechnik (Techn. Informatik)	—	—	72	127	111	160
Informatik	—	—	—	—	67	86
Zahl der Studenten insgesamt	*5893*	*6607*	*6367*	*6858*	*7655*	*8540*

* Aus Fakultätszahlen wurden die Anteile der einzelnen Studiengänge geschätzt.

** Jeder Student erscheint in den Pos. a—h mind. zweimal (2—3 Studienfächer).

Entwicklung der Studentenzahlen RP 72/73



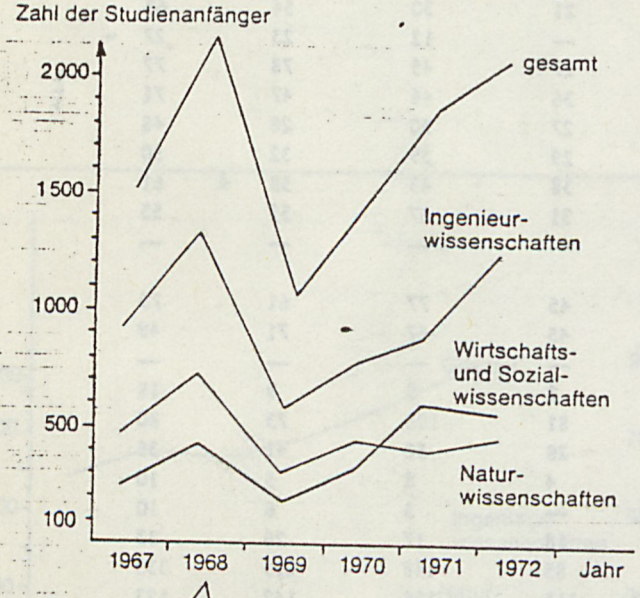
 RP 72/73

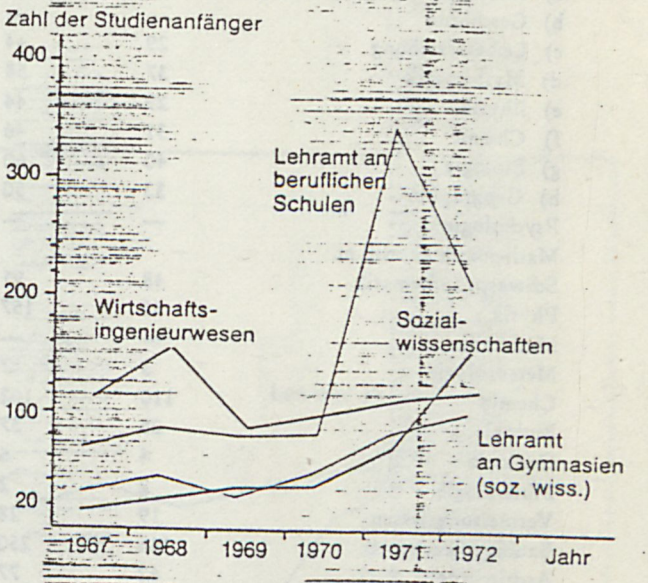
Studiengänge	1967*	1968*	1969*	1970*	1971	1972
Wirtschaftsingenieurwesen-MB	115	148	73	95	107	110
Wirtschaftsingenieurwesen-ET	—	—	—	—	—	—
Sozialwissenschaften	16	21	29	34	66	148
Lehramt an beruflichen Schulen	69	88	65	66	335	207
Lehramt an Gymnasien	107**	168**	104**	134**	175**	214**
a) Sozialkunde (Wiss. Politik)	22	34	21	30	54	65
b) Geschichte	—	—	—	12	23	27
c) Leibeserziehung	29	44	27	45	78	77
d) Mathematik	37	58	36	46	47	71
e) Physik	29	44	27	30	28	48
f) Chemie	31	46	29	39	32	50
g) Biologie	40	60	38	43	58	61
h) Geographie	33	50	31	37	55	53
Psychologie	—	—	—	—	—	—
Mathematik einschl. m. Schwerp. Informatik	48	91	45	77	61	75
Physik	82	157	45	67	71	49
Mechanik	—	—	—	—	—	—
Meteorologie	3	7	2	5	9	18
Chemie	110	162	81	108	73	80
Biologie	25	37	28	50	41	35
Geologie	4	6	4	8	5	10
Mineralogie	2	2	—	3	6	10
Vermessungswesen	19	28	18	17	26	33
Bauingenieurwesen	166	250	85	148	215	335
Architektur	62	77	115	136	142	123
Maschinenbau einschl. Papieringenieurwesen	273	279	201	189	155	242
Elektrotechnik	411	543	152	217	269	310
Datentechnik (Techn. Informatik)	—	34	23	61	26	44
Informatik	—	—	—	—	35	40
Zahl der Studienanfänger insges.	*1512*	*2098*	*1070*	*1415*	*1817*	*2083*

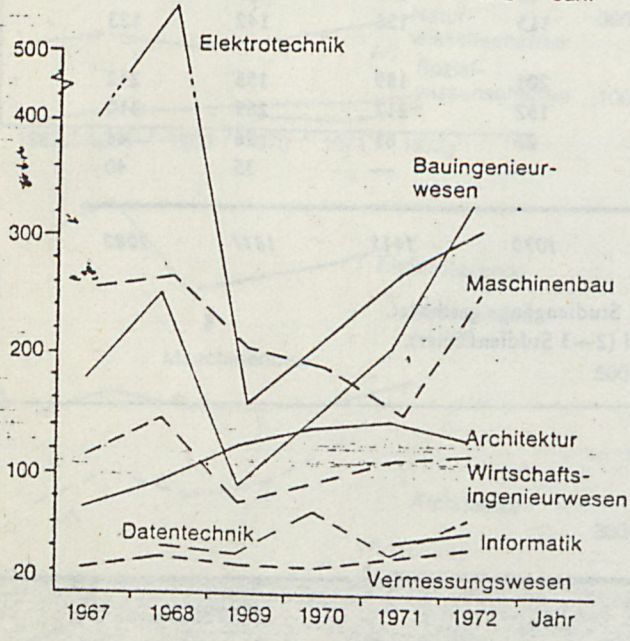
* Aus Fakultätszahlen wurden die Anteile der einzelnen Studiengänge geschätzt.

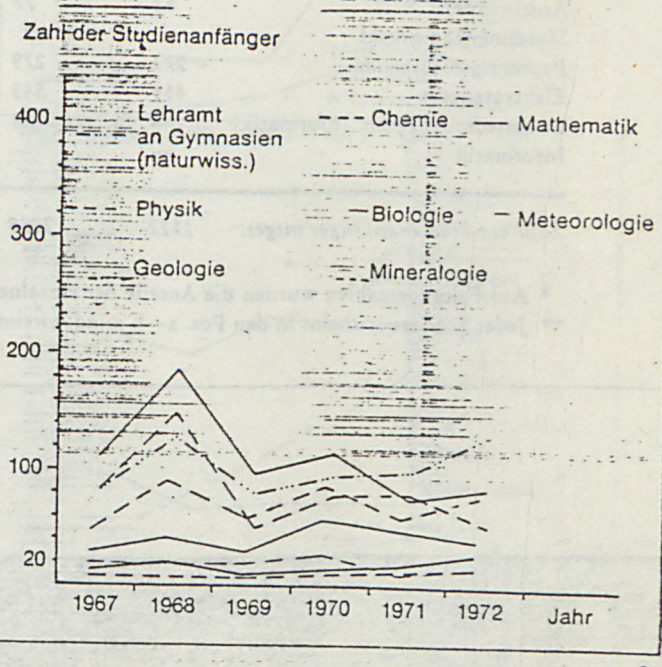
** Jeder Student erscheint in den Pos. a—h mind. zweimal (2—3 Studienfächer).

Entwicklung der Zahl der Studienanfänger RP 72/73



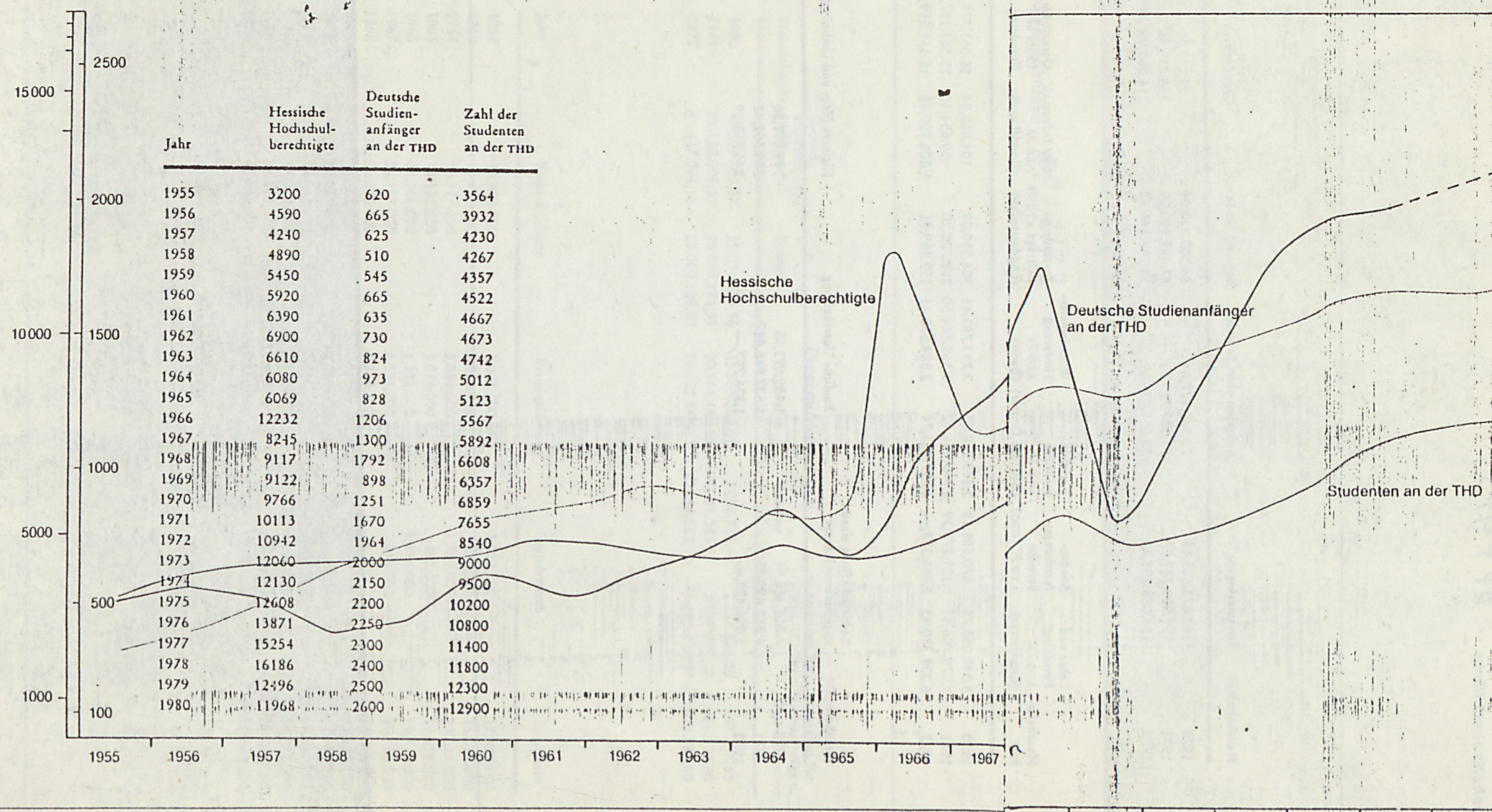






RP 72/73

Jahr	Hessische Hochschul-berechtigte	Deutsche Studien-anfänger an der THD	Zahl der Studenten an der THD
1955	3200	620	3564
1956	4590	665	3932
1957	4240	625	4230
1958	4890	510	4267
1959	5450	545	4357
1960	5920	665	4522
1961	6390	635	4667
1962	6900	730	4673
1963	6610	824	4742
1964	6080	973	5012
1965	6069	828	5123
1966	12232	1206	5567
1967	8245	1300	5892
1968	9117	1792	6608
1969	9122	898	6357
1970	9766	1251	6859
1971	10113	1670	7655
1972	10942	1964	8540
1973	12060	2000	9000
1974	12130	2150	9500
1975	12608	2200	10200
1976	13871	2250	10800
1977	15254	2300	11400
1978	16186	2400	11800
1979	12496	2500	12300
1980	11968	2600	12900



Haushaltsjahr	Gesamtausgabe	Ausgaben ohne Baumittel	Bau und Gerät	Grunderwerb
1970	142.673.605,18	78.340.177,64	64.305.310,04	28.117,50
1971	159.909.767,07	91.567.715,42	67.485.420,09	856.631,56
1972	154.025.291,30	99.066.074,39	54.744.846,92	214.369,99

Haushaltsjahr	Lehre und Forschung ATG 71 (Landesetat)	Sonderforschungsbereiche ATG 72 (DFG)	Forschungsbeihilfen ATG 73 (Beiträge Dritter)	Wissenschaftsförderung ATG 74 (Bund)	Forschungsaufträge ATG 76 (Landesstellen)	ÜRF Informat. ATG 93 (Bund/Land)	Gesamt für Lehre und Forschung
1970	9.348.055,76	670.598,13	2.849.940,93	2.783.763,45	306.550,08	104.865,84	16.063.774,19
1971	7.078.706,63	1.121.275,39	3.442.936,42	3.369.864,50	288.720,20	59.654,40	15.361.157,54
1972	6.238.380,43	1.344.395,—	4.017.863,74	2.584.550,41	159.569,91	1.206.800,42	15.551.559,91

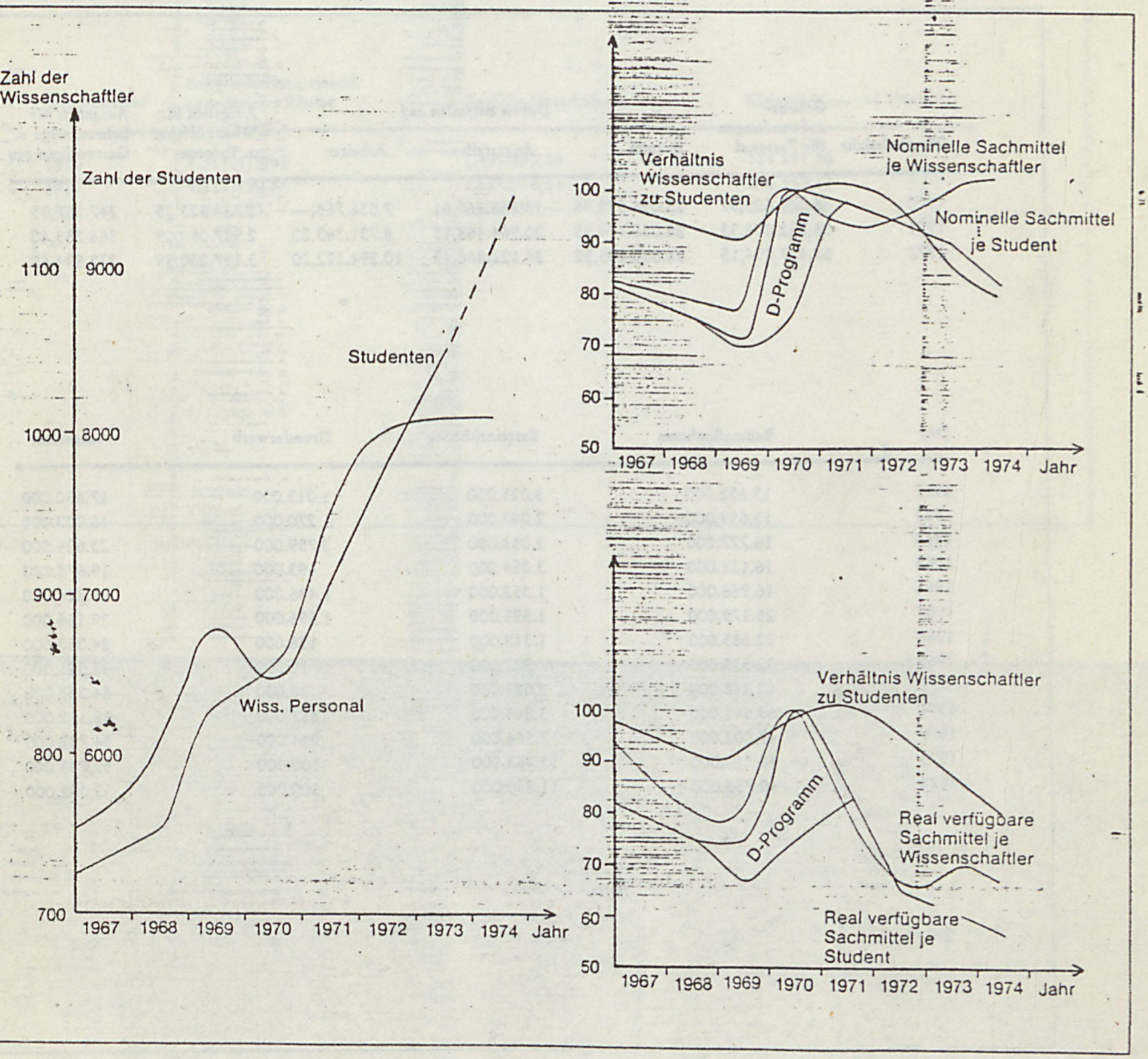
Haushaltsjahr	Bewirtschaftung einschl. angemieteter Räume	Bauliche Unterhaltung	Kleinere Neu- und Umbauten
1970	4.317.416,64	1.499.873,35	184.881,36
1971	4.811.690,85	1.627.946,81	256.552,41
1972	5.096.403,—	1.836.797,—	246.258,59

Haushaltsabschlüsse RP72/73

Haushaltsjahr	Gesamtaufwendungen für Personal	*Davon entfallen auf* Beamte	Angestellte	Arbeiter	Ausgaben für Wiss. Hilfskr. u. Tutoren	Ausgaben für Lehraufträge u. Gastvorlesungen
1970	46.001.605,57	25.096.579,96	13.868.260,61	7.036.765,—	2.724.523,25	247.267,85
1971	55.752.006,33	26.056.174,95	20.964.468,15	8.731.363,23	2.987.084,09	366.253,60
1972	64.417.094,15	28.000.105,52	26.122.866,43	10.294.122,20	3.197.230,99	372.894,60

Jahr	Baumaßnahmen	Ersteinrichtung	Grunderwerb	Insgesamt
1962	13.652.000	3.025.000	1.013.000	17.690.000
1963	13.659.000	2.093.000	270.000	16.022.000
1964	16.777.000	3.088.000	3.759.000	23.624.000
1965	16.131.000	3.054.000	493.000	19.678.000
1966	16.966.000	1.352.000	1.496.000	19.814.000
1967	26.179.000	1.591.000	1.396.000	29.166.000
1968	22.585.000	1.319.000	126.000	24.030.000
1969	32.533.000	772.000	16.000	33.321.000
1970	62.216.000	2.089.000	28.000	64.333.000
1971	63.641.000	3.844.000	857.000	68.342.000
1972	47.002.000	7.566.000	214.000	54.782.000
1973	38.810.000	13.468.000	500.000	52.788.000
1974	40.732.000	11.850.000	500.000	53.082.000

Entwicklung der Sachmittel für Forschung und Lehre RP 72/73



21

Vorwort

RP 74/75

Dieser vierte Rechenschaftsbericht des Präsidenten erscheint zu einem Zeitpunkt, wo erkennbar wird, daß die vor nunmehr einem Jahrzehnt eingeleiteten Maßnahmen zur Veränderung der Bildungsstrukturen in unserem Land volle Auswirkungen auch auf dem tertiären Bildungssektor zeigen. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, daß die Fortführung dieser damals eingeleiteten Veränderungen nicht mehr als Priorität im Katalog der politisch Handelnden vorkommt. Die Hochschulpolitik, die eigentlich die Aufgabe hat, den Schritt, der begonnen wurde, weiterzuführen, kann offensichtlich nicht mehr finanziert werden. Kein Wunder, daß dementsprechend immer mehr versucht wird, die Studienreform technokratisch so zu vertuschen, daß nur noch Gesichtspunkte der »Verwendbarkeit« und der »Marktbeziehungen« zu tragen scheinen. Selbst aber auch diese Kriterien scheinen, glaubt man den letzten Verlautbarungen über Planungsvorstellungen, keine Gültigkeit mehr zu haben: nur noch wenige Prozentanteile eines Jahrgangs akademisch Ausgebildeter sollen nach diesen Aussagen einen angemessenen Arbeitsplatz erhalten können. Obwohl bis zum Ende dieses Dezenniums eine Veränderung der Weichenstellung, die für eine allgemeine Verbreiterung des Hochschulzugangs verantwortlich ist, nicht mehr korrigiert werden kann, wird in diesen Bereich nicht das investiert, was notwendig ist, um den Standard zu halten. Ohne die Erhaltung eines hohen Ausbildungsstandes besonders in den Ingenieurbereichen wird aber auf die Dauer die Marktstellung der deutschen Wirtschaft nicht erhalten bleiben können.

Es liegt deshalb nahe, mehr noch als bei den letzten Berichten, nicht nur den eigentlichen Berichtszeitraum einer Betrachtung zu unterziehen, sondern auch über einen längeren Zeitraum hinweg Überlegungen über die Probleme des tertiären Bildungssektors anzustellen. Dabei ist als erstes festzustellen, daß die wesentlichen Aufgabenstellungen, die den Hochschulen Anfang der siebziger Jahre teils neu, teils wieder gestellt wurden, bis heute nicht, oder allenfalls in Ansätzen, gelöst worden sind. Auf die Gründe hierfür wird im einzelnen einzugehen sein. Festzuhalten ist jedoch schon hier, daß infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum niedersächsischen Vorschaltgesetz die möglich gewesene Organisationsruhe an den Hochschulen immer noch nicht eingetreten ist. Nach wie vor arbeiten wir mit nicht konsolidierten Verhältnissen, suchen finanzielle Restriktionen, ohne bislang erkennbare Zielsetzung seitens des Ministeriums und nun aber zunehmend im letzten Jahr mit hochfahrenden administrativen Maßnahmen, die ich bitter in der Öffentlichkeit als »bürokratischen Absolutismus« zu charakterisieren hatte, auszugleichen. Aus diesen Gründen war es nicht möglich, die eigentlich inhaltlichen Entwicklungsmaßnahmen mit der erforderlichen Intensität in Angriff zu nehmen. Tagesaktivitäten und ständiger Planungswirrwarr fraßen Zeit und Arbeitsmaß auf. Hinzu kommt, daß die bildungspolitischen Prioritäten, meist ohne Begründung und ohne Frage nach Kontinuität, Verpflichtung und Folgen eingeleiteter politischer Maßnahmen, umdefiniert worden sind. Ein Vertrauen in die politische Kontinuität war auch im vierten Berichtsjahr

1

Die Planungen für den Haushalt der THD haben sich im Berichtszeitraum besonders kompliziert abgewickelt. Die einzelnen Vorgaben und Planungsdaten von seiten der Ministerien wurden im Stile der Echternacher Springprozession auf die Hochschulen losgelassen. Am Beispiel der Eckdaten für den Personalhaushalt kann dies im einzelnen belegt werden. Im Laufe des Jahres 1974 hieß es zunächst, daß die THD für den seinerzeit geplanten Doppelhaushalt 1975/76 mit 60 neuen Planstellen rechnen könne; nach dieser Auskunft richtete der zentrale Haushaltsausschuß seine Planungen ein und meldete 92 neue Stellen in seinen einstimmig verabschiedeten Haushaltsanmeldungen 1975/76 an. Im Laufe des Sommersemesters wurde dann durch Erlaß mitgeteilt, daß die THD insgesamt 122 neue Stellen erhalten sollte mit der Maßgabe, daß dadurch in Engpaßfächern (Architektur, Bauingenieurwesen, E-Technik) der NC gelockert werden solle. Da es in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr möglich war, zusammen mit den Fachbereichen eine sinnvolle, fundierte Planung durchzuführen, mußten die zusätzlichen Stellen als Leerstellen ohne nähere Spezifikation angemeldet werden.

Es stellte sich aber dann nach Ende des Wintersemesters, nach der Landtagswahl und den ersten harten Haushaltsgesprächen heraus, daß der Ausschuß richtig gehandelt hatte, als er auf die weitergehenden Absichten nur global einging: jetzt wurde nämlich telefonisch mitgeteilt, daß es nur einen einfachen Haushalt für das Jahr 1975 geben werde und daß für dieses Jahr die THD nicht wie beabsichtigt 60, sondern lediglich 15 neue Stellen erhalten werde. Man möge doch innerhalb 2 (!) Tagen mitteilen, für welche Zwecke diese Stellen gedacht seien, damit sie dementsprechend durch das Haushaltsgesetz festgelegt werden könnten.

Solche Verfahrensweisen sind natürlich nicht dazu geeignet, das Engagement der Hochschulen für eine planvolle, abgesicherte Entwicklung zu stärken. Damit werden die Absichten, die mit dem Hessischen Universitätsgesetz verknüpft gewesen sind, in ihr Gegenteil verkehrt: ursprünglich wollte man mit diesem Gesetz und dem Ausbau der Hochschulverwaltungen deren eigene Planungsfähigkeit stärken und dies durch einen Globalhaushalt unterstützen, der den Hochschulen eine gewisse Flexibilität gibt, innerhalb der gesetzten Ziele auf veränderte Umstände reagieren zu können. Mittlerweile ist man auf dem Stand angelangt, daß die Hochschulen zwar immer noch Planung betreiben, diese aber durch unkontrollierbare politische und bürokratische Entscheidungen mit einem Federstrich und ohne Rücksprache zunichte gemacht wird. Nicht einmal mehr die früher üblichen gemeinsamen Gespräche mit Kultus- und Finanzminister werden jetzt durchgeführt. Angesichts solcher Praktiken darf eine Reaktion nicht verwundern, die dahin geht, dann doch von vornherein alle Verantwortung auf die Ministerialbürokratie abzuschieben. Gleichzeitig erscheint es unter diesen Umständen wenig sinnvoll, die Hochschule in das Abenteuer der Erstellung eines Hochschulentwicklungsplans zu stürzen — der dringend notwendig wäre —, wenn man von vornherein weiß, daß es keine Kontinuität in den Grunddaten ge-

Entwicklung der Studentenzahlen

	1967[1]	1968[1]	1969[1]	1970[1]	1971	1972	1973	1974
Wirtschaftsingenieurwesen MB	406	502	470	521	552	572	560	556
Wirtschaftsingenieurwesen ET	—	—	—	—	—	—	35	54
Sozialwissenschaften	54	54	63	74	132	272	375	351
Lehramt an beruflichen Schulen	227	258	290	292	570	688	811	828
Lehramt an Gymnasien	302[2]	453[2]	537[2]	625[2]	742[2]	876[2]	1026[2]	1132[2]
a) Mathematik	106	175	184	223	252	304	368	404
b) Physik	81	128	133	154	164	199	235	221
c) Chemie	87	117	141	165	167	200	207	215
d) Biologie	112	152	199	231	250	279	285	289
e) Geographie	93	144	153	181	209	233	261	271
f) Wissenschaftliche Politik	62	76	112	134	180	225	287	330
g) Geschichte	—	—	—	12	47	74	103	128
h) Leibeserziehung	81	134	180	205	265	304	399	492
Mathematik (Diplom)	165	226	228	278	306	333	401	435
Physik (Diplom	411	424	375	389	386	385	353	322
Meteorologie	16	19	16	19	21	31	43	56
Mechanik	—	—	—	—	—	2	8	11
Chemie (Diplom)	457	533	512	558	541	549	559	531
Biologie (Diplom)	83	125	111	138	156	172	183	194
Geologie	19	21	21	22	19	26	39	48
Mineralogie	3	7	6	10	12	20	25	27
Vermessungswesen	71	93	97	101	105	121	146	160
Bauingenieurwesen	806	895	826	856	961	1126	1152	1140
Architektur	499	462	486	557	624	649	713	795
Maschinenbau	1041	1100	1053	1051	1071	1125	1192	1271
Elektrotechnik	1333	1435	1199	1240	1279	1347	1370	1337
Datentechnik (Technische Informatik)	—	—	72	127	111	160	155	144
Informatik	—	—	—	—	67	86	112	178
Studenten insgesamt:	5892	6608	6357	6859	7655	8540	9258	9570

[1] geschätzt aus Fakultätszahlen [2] Mehrfachzählungen (a–h) wegen mehrerer Fächer

Haushaltsjahr	Gesamtausgabe	Ausgaben ohne Baumittel	Bau und Gerät	Grunderwerb
1970	142.673.605,18	78.340.177,64	64.305.310,04	28.117,50
1971	159.909.767,07	91.567.715,42	67.485.420,09	856.631,56
1972	154.025.291,30	99.066.074,39	54.744.846,92	214.369,99
1973	175.874.467,99	127.852.804,50	47.990.490,52	31.572,97
1974	180.164.935,63	136.129.678,16	41.985.138,01	461.088,63

Haushaltsjahr	Lehre und Forschung ATG 71 (Landesetat)	Sonderforschungsbereiche ATG 72 (DFG)	Forschungsbeihilfen ATG 73 (Beiträge Dritter)	Wissenschafts-Förderung ATG 74 (Bund)	Forschungsaufträge ATG 76 (Landesstellen)	ORF Informat. ATG 93 (Bund/Land)	Gesamt für Lehre und Forschung
1970	9.348.055,76	670.598,13	2.849.940,93	2.783.763,45	306.550,08	104.865,84	16.063.774,19
1971	7.078.706,63	1.121.275,39	3.442.936,42	3.369.864,50	288.720,20	59.654,40	15.361.157,54
1972	6.238.380,43	1.344.395,—	4.017.863,74	2.584.550,41	159.569,91	1.206.800,42	15.551.559,91
1973	5.781.517,59	1.355.475,97	4.515.022,87	17.937.175,49*	42.012,83	3.442.720,94	33.073.925,69*
1974	7.644.394,02	2.367.774,71	7.993.646,49	3.597.661,69	66.879,81	4.944.924,91	28.415.281,—

* mit Rechner

* einschl. rund 14,6 Mio für Rechner

Haushaltsjahr	Bewirtschaftung einschl. angemieteter Räume	Bauliche Unterhaltung	Kleinere Neu- und Umbauten
1970	4.317.416,64	1.499.873,35	184.881,36
1971	4.811.690,85	1.627.946,81	256.552,41
1972	5.096.403,—	1.836.797,—	246.258,59
1973	5.280.781,39	1.779.595,84	161.170,62
1974	6.965.753,49	2.240.988,17	84.050,26

Haushaltsjahr	Gesamtaufwendungen für Personal	Davon entfallen auf Beamte	Angestellte	Arbeiter	Ausgaben für Wiss. Hilfskr. u. Tutoren	Ausgaben für Lehraufträge u. Gastvorlesungen
1970	46.001.605,57	25.096.579,96	13.868.260,61	7.036.765,—	2.724.523,25	247.267,85
1971	55.752.006,33	26.056.174,95	20.964.468,15	8.731.363,23	2.987.084,09	366.253,60
1972	64.417.094,15	28.000.105,52	26.122.866,43	10.294.122,20	3.197.230,99	372.894,60
1973	76.488.945,04	28.289.924,16	36.055.015,78	12.144.005,10	3.255.668,18	374.390,11
1974	82.293.161,78	30.878.764,46	37.164.846,55	14.249.550,77	3.614.990,22	372.290,57

Sollansätze

Jahr	Baumaßnahmen	Ersteinrichtung	Grunderwerb	Insgesamt
1962	13.652.000	3.025.000	1.013.000	17.690.000
1963	13.659.000	2.093.000	270.000	16.022.000
1964	16.777.000	3.088.000	3.759.000	23.624.000
1965	16.131.000	3.054.000	493.000	19.678.000
1966	16.966.000	1.352.000	1.496.000	19.814.000
1967	26.179.000	1.591.000	1.396.000	29.166.000
1968	22.585.000	1.319.000	126.000	24.030.000
1969	32.533.000	772.000	16.000	33.321.000
1970	62.216.000	2.089.000	28.000	64.333.000
1971	63.641.000	3.844.000	857.000	68.342.000
1972	47.002.000	7.566.000	214.000	54.782.000
1973	38.810.000	13.468.000	500.000	52.788.000
1974	40.732.000	11.850.000	500.000	53.082.000

FB	ATG 71	ATG 72 (Sonderforschungs-Bereiche)	ATG 73 (Forschungsbeihilfen Außenstehender, insbesondere Industriemittel)	ATG 74 (Forschungsbeihilfen von Bund u. Länder)	ATG 76 (Aufträge der Landesverwaltung)	ATG 33 (Informatik)	Zusammen Spalte 3–7
1	2	3	4	5	6	7	8
1	292.944,46		61.506,59				61.506,59
2	324.454,05		2.330,11				2.330,11
3	226.396,92		1.999,39	36.312,20	46.765,31		85.076,90
4	321.011,26		68.385,70				68.385,70
5	1.074.478,67	300.468,62	49.231,24	771.456,—			1.121.155,86
6	199.196,06		43.608,83	157.100,61			200.709,44
7	288.273,62		224.048,64	174.784,23	19.210,62		418.043,49
8	379.156,30		1.499,99	968.674,14			970.174,13
9	465.759,34	667.199,28	502.964,62				1.168.163,90
10	605.569,82		73.035,51	337.194,70			410.230,21
11	163.218,92						—
12	146.564,12		3.945,63				3.945,63
13	235.074,39		301.719,41	441.013,39			742.732,80
14	230.756,49		886.879,65	485.466,75			1.372.346,40
15	388.924,83		12.275,85				12.275,85
16	941.534,01	500.840,36	3.416.508,25	225.356,62	903,88		4.143.609,11
17	304.519,18	753.063,02	22.541,74				775.604,76
18	318.161,48		11.857,07	303,05			12.160,12
19	209.005,22		251,18			214.205,84	214.457,02
20	29.486,94		2.880,—			4.730.719,07	4.733.599,07
sonstige	499.907,94		125.589,48				125.589,48
	7.644.394,02	2.219.571,28	5.813.058,88	3.597.661,69	66.879,81	4.944.924,91	16.642.096,57

Ausgaben der FB aus ATG 71 (Lehre und Forschung) und aus Drittmitteln

Situation des tertiären Bildungsbereiches

LP 75/76

Die Situation des tertiären Bildungsbereiches ist im vergangenen Berichtszeitraum neben der überraschenden Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes — darauf wird noch näher einzugehen sein — insbesondere durch die dramatischen, im bisherigen Ausmaß nicht gekannten finanziellen Restriktionen gekennzeichnet gewesen. Gewiß gab es auch in der Vergangenheit immer wieder Anlaß, den enger werdenden finanziellen Rahmen, insbesondere die mangelnden Investitionsmöglichkeiten, zu beklagen. Immer jedoch konnten in der Vergangenheit nominelle Negativentwicklungen verhindert und sogar hier und da Ausweitungen vorgenommen werden.

Diese Zeiten eines bescheidenen Wachstums dürften indessen vorbei sein: wie alle anderen Bundesländer auch, hat das Land Hessen in der Mitte des vergangenen Jahres rigorose Maßnahmen zur Sperrung und Streichung von Personalstellen in der gesamten öffentlichen Verwaltung eingeleitet.

Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses sind zunächst 75 Prozent aller freien und freiwerdenden Stellen im Landesdienst gesperrt worden. Da dies an den Hochschulen bei der dort naturgemäß höheren Personal-Fluktuation als in anderen Verwaltungsbereichen zu unabsehbaren Folgen geführt hätte, ist es den Universitätspräsidenten gemeinsam mit dem Kultusminister und der Staatssekretärin immerhin gelungen, Ministerpräsident und Finanzminister dahin zu bringen, diesen allgemeinen Beschluß etwas aufzulockern: währenddessen im Bereich der Hochschulverwaltungen die 75prozentige Sperre aufrechterhalten bleibt, beträgt sie im wissenschaftlichen Bereich, ausgenommen der Verwaltungsbereich, nur 25 Prozent. Professorenstellen können auf jeweils einzeln zu begründenden Antrag hin freigegeben werden, wobei erfreulicherweise festzustellen ist, daß der Kultusminister sich in den meisten Fällen die Argumentation der Hochschulen zu eigen gemacht hat.

Diese finanziellen Restriktionen sind sicherlich zum einen Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen Probleme und der daraus bis jetzt resultierenden Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte. Andererseits sollte sich niemand im Hochschulbereich der Illusion hingeben, mit einer Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei gleichsam automatisch eine Rückkehr zu den alten goldenen oder den jüngeren bescheidenen Zeiten verbunden: Kultuspolitiker — sofern dieselben überhaupt in den Parlamenten noch zu finden sind — in Bund und Ländern dürften vielmehr jetzt und in absehbarer Zukunft zufrieden sein, wenn es ihnen gelingt, eine noch radikalere Beschneidung der Ressourcen im Bildungsbereich zu verhindern.

Zum anderen ist diese Tendenz mit ökonomischen Argumenten allein sicher nicht hinreichend begründet. Vielmehr wirkt sich eine seit langem erkennbare Erscheinung, nämlich das Absinken der Bildungspolitik, insbesondere der Hochschulpolitik, in den politischen Prioritätensetzungen nunmehr zum erstenmal mit negativen Vorzeichen, d. h. mit Stellensperren, mit Stellenabzügen und mit Abzügen im Haushalt und mit dem Stopp von Investitionen bis auf den Bausektor aus.

Der Ausschuß für Haushaltsangelegenheiten und den Hochschulentwicklungsplan tagt ebenso wie die anderen Ausschüsse seit dem Wintersemester in neuer Zusammensetzung. Die Probleme blieben zum größten Teil auch in der neuen Tätigkeitsperiode die altbekannten. Allein drei Sondersitzungen des Ausschusses waren erforderlich.

1. Auf fast allen Sitzungen mußte die sich im Laufe der letzten Monate ständig wechselnde Szene der Stellensperrungen behandelt werden. Dem Ausschuß fiel dabei die undankbare Aufgabe zu, über die Verteilung der gesperrten Stellen auf die Fachbereiche beschließen zu müssen. Er hat diese Aufgabe versucht, pragmatisch zu lösen. Zu große Probleme sollten bei zufälligem Freiwerden und Besetztbleiben von Stellen ausgeglichen werden. Daß dabei der Spielraum immer kleiner wurde, ist selbstverständlich, auch wenn sich der Ausschuß bemühte, einen Spielraum zu erhalten. So faßte der Ausschuß den Beschluß, für den Haushalt 1977/78 die Umwandlung alter Dozentenstellen in BAT IIa-Stellen beim Kultusminister zu beantragen.

Die im Haushalt 1975 durch die Umwandlung alter Assistentenstellen vorhandenen, aber für die Fachbereiche noch nicht verfügbaren Dauerstellen wurden den Fachbereichen zugewiesen. Dies wurde erforderlich, da mehrfach Wünsche auf Dauerstellen von den Fachbereichen an mich herangetragen wurden. Die Fachbereiche hatten ihre Vorstellungen in der Anhörung durch die ad-rem-Kommission noch einmal vorgetragen. Der Ausschuß legte Wert auf die Klarstellung, daß Dauerfunktionen in der Regel nicht mit Lehraufgaben begründet werden können, um nicht einen »Mittelbau« herkömmlicher Form wiederentstehen zu lassen. Er verwies dabei nachdrücklich auf die neue Institutsorganisation.

Der Ausschuß stimmte einem Antrag an die Landesregierung zu, die Weiterbeschäftigung von Auszubildenden zu Lasten gesperrter Stellen für drei Monate zu sichern, wenn diese keinen Arbeitsplatz finden können.

2. Da der Haushalt 1976 vom Landtag erst im Dezember 1975 verabschiedet wurde und zunächst nur die Ansätze bekannt waren, wurden vom Ausschuß vorerst nur 80 % der Mittel verteilt. Dabei wurde betont, daß die Gewichtungsfaktoren für die Aufteilung im Sommer überdacht werden sollten. Ich möchte die Klagen über die Haushaltsentwicklung seit 1970 nicht noch einmal detailliert ausführen. Das Gesagte genügt.

3. Die Zuweisung der Mittel für Hilfsassistenten erfolgte nur bis zu einer Höhe von 85 % des Vorjahresansatzes. Die daraus resultierenden Einsparungen sollen nach Beschluß des Ausschusses für die Fachbereiche Mathematik, Mechanik und Rechts- und Wirtschaftswissenschaften verwendet werden, auf deren Probleme ich bereits in meinem letzten Rechenschaftsbericht hingewiesen habe. Der Ausschuß benannte ein Gremium, das im Sommersemester in Zusammenarbeit mit dem Referat Planung und Hochschulentwicklung eine umfassende Klärung des Hilfskräfteproblems erarbeiten soll.

Anhang RP 76/77

Ausstattung

Fachbereich	Zahl der rechn. Studenten[1]	Hauptnutzfläche der Fachbereiche[2] m²	Wissenschaftl. Personal[3]	lfd. Sachmittel bei ATG 71 DM	Mittel für Wiss. Hilfskräfte DM	rechn. Studenten je Wissenschaftler	HiWi-Mittel je rechn. Student DM
1 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	540	3500	49	228.500	248.900	11	460
2 Gesellschafts- u. Geschichtswissenschaften	689	2300	43	244.150	174.100	16	250
3 Erziehungswissenschaften u. Psychologie	574	2200	26	197.150	126.200	22	220
4 Mathematik	1284	3400	80	299.700	272.400	16	210
5 Physik	754	14700	113	745.650	352.900	7	470
6 Mechanik	517	2500	32	197.200	122.100	16	240
7 Physikal. Chemie u. Chem. Technologie	158	7200	33	265.150	102.600	5	650
8 Anorganische Chemie u. Kernchemie	268	6500	35	289.250	181.000	8	680
9 Org. Chemie u. Makromolekulare Chem.	201	9600	46	338.350	151.100	4	750
10 Biologie	283	7300	42	420.350	135.800	7	480
11 Geowissenschaften u. Geographie	269	3500	23	146.700	57.600	12	210
12 Vermessungswesen	203	2300	19	135.300	42.500	11	210
13 Wasser und Verkehr	363	12100	42	232.700	85.100	9	230
14 Konstruktiver Ingenieurbau	482	8200	47	264.900	103.500	10	210
15 Architektur	963	9300	82	336.450	260.700	12	270
16 Maschinenbau	1520	37500	154	897.000	415.600	10	270
17 Elektrische Energietechnik	457	8600	44	274.850	107.900	10	240
18 Elektrische Nachrichtentechnik	418	7100	46	278.050	122.600	9	290
19 Regelungs- u. Datentechnik	414	3500	40	254.800	95.300	10	230
20 Informatik	211	1600	35	40.000	25.900	6	120

[1] Stand WS 1976/77 ohne Doktoranden und Anteil des Instituts für Leibesübung. Die Zahl der rechnerischen Studenten berücksichtigt die Dienstleistungsverflechtungen der Fachbereiche und stellt damit die einem Fachbereich zuzurechnenden Studenten unabhängig von den dort eingeschriebenen Studenten dar

[2] Stand September 1977

[3] Stand 1. Juli 1977

RP 77/78

Der Ausschuß hatte sich auch in diesem Berichtszeitraum – hoffentlich zum letztenmal – mit der Stellenbewirtschaftung zu beschäftigen. Dabei gelang es auf Grund der Beschlüsse und der Verhandlungen auf den verschiedensten Ebenen in Wiesbaden, nahezu alle bisher gesperrten Stellen wieder in die Verfügung der THD zu nehmen. Dies ermöglichte es dem Ausschuß auch, gewissermaßen eine Bilanz und eine Generalbereinigung der in diesem Sektor in den letzten drei Jahren getroffenen Beschlüsse vorzunehmen. Dies geschah in Form eines für alle Bereiche der THD verbindlichen Stellenplanes, der alle durch die Stellenbewirtschaftung eingetretenen Veränderungen berücksichtigt.

Wenn somit auch gesagt werden kann, daß die heikle, weil kaum nach exakten Kriterien zu lösende Aufgabe der Stellensperre nicht mehr den breiten Raum früherer Jahre in der Ausschußarbeit einnahm, so muß doch infolge einer verstärkten Aktivität des Kultusministeriums auch in nächster Zeit mit einschlägigen Beschlußfassungen gerechnet werden. Dies ergibt sich z. B. aus dem Umstand, daß etwa im Fachbereich Physik keine Stellen gesperrt werden sollen, daß aber die Wiederbesetzung jeder freiwerdenden Stelle beim Kultusminister beantragt werden muß. Dieser behält sich nach jedenfalls derzeit nicht erkennbaren Kriterien eine Freigabe vor, wobei er eine Freigabe auch mit Auflagen, etwa zum Einsatz für einen bestimmten Studiengang, verbinden kann. Ich bin nicht sicher, ob hiermit ein vernünftiges Planungsinstrumentarium geschaffen worden ist, wenn man nicht die Planung mit einigermaßen konkreten Zielvorstellungen verknüpft. Gerade diese kann ich auf seiten des Kultusministers nicht erkennen, so daß es m. E. erforderlich ist, auf diese Kategorie wieder ersatzlos zu verzichten.

Einen Schwerpunkt bei den Beratungen des Haushaltsausschusses stellte die Ersatzbeschaffung eines Beschleunigers am Institut für Kernphysik dar. So wenig zu bestreiten ist, daß die derzeitige Anlage modernen Ansprüchen nicht mehr genügt, so schwer schien es dem Ausschuß angesichts der Investitionen bei der Gesellschaft für Schwerionenforschung und einem ähnlichen Projekt in Mainz, eine solche Beschaffung politisch zu begründen; hierfür ist, wenn es überhaupt gelingen soll, ein fundiertes und überzeugendes wissenschaftliches Konzept erforderlich. Nachdem nunmehr in den vergangenen Monaten in aller Ruhe und mit Sorgfalt die entsprechenden Unterlagen erarbeitet wurden, sollte der Ausschuß nach einer Stellungnahme der Gutachterausschüsse auf Bundesebene die Gelegenheit erhalten, sich mit dieser Angelegenheit erneut zu beschäftigen. Dabei wird sicherlich die Fortführung der seitherigen Physikaktivitäten zu beachten sein und ihre Verbindung mit dem neuentwickelten Studiengang des Physikingenieurs.

Ein wesentlicher Punkt in den Beratungen des Haushaltsausschusses war die Frage der Stellenbewirtschaftung mit Wissenschaftlichen Mitarbeitern. Hier bestehen in einigen Fachbereichen, manchmal nur Instituten, erhebliche Defizite, die eine Mindestausstattung nicht gewährleisten. Der Grund dafür liegt – um einem weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten – nicht in einer hohen Zahl von Überleitungen bei Professoren,

Der Konvent der Technischen Hochschule erklärt:

1. Der Konvent ist der Auffassung, daß eine weitere Verschlechterung der Situation in Lehre und Forschung nicht akzeptabel ist.
   Er fordert die ständigen Ausschüsse auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Betrieb in Forschung und Lehre in der jetzigen Form so lang als möglich aufrechterhalten bleibt und erwartet, daß die Fachbereiche sich ebenso verhalten.
   Der Vollzug erheblicher Kürzungen im Bereich der wissenschaftlichen Hilfskräfte und des Stellenabzugs durch die Sperrung freiwerdender Stellen hätte eine derartig gravierende weitere Verschlechterung der Ausbildungqualität zur Folge, daß sich ein qualifiziertes wissenschaftliches Studium unter diesen Bedingungen nicht aufrechterhalten ließe. Durch ein solches Vorgehen, das im Bewußtsein geschehen würde, daß die Lehrmittel vor Ablauf des Haushaltsjahres verbraucht sind, würde der Öffentlichkeit und den politisch Verantworlichen demonstrativ verdeutlicht und erkennbar gemacht, welche Auswirkungen die Streichungspolitik konkret hat, und daß unter solchen Bedingungen eine wissenschaftliche Ausbildung nicht mehr möglich ist.

2. In den zum Studium an einer Technischen Hochschule sehr wichtigen betreuungsintensiven Praktika und Kleingruppenübungen ist ein weiterer Abbau des Betreuungspersonals nicht mehr möglich, da die Gruppen bereits bis zum Äußersten vergrößert sind. Z.B.: Abbau der Bibliotheken, so daß eine sinnvolle Nutzung kaum mehr möglich ist.
   - Versuche im physikalischen Grundpraktikum
   - Konstruktionsübungen in Maschinenelemente
   - Maschinenpraktiken in E-Technik

   In einigen Bereichen ist darüber hinaus damit zu rechnen, daß bei Kürzungen sicherheitstechnische Vorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen nicht mehr einhaltbar sind.

3. Die studienreformerischen Ansätze dürfen nicht in Frage gestellt werden, auch muß weiterhin die Möglichkeit bestehen, studienreformerische Ziele praktisch zu verwirklichen. Schon bestehende rudimentäre Ansätze wie interdisziplinäres Lernen, Projekstudium (z.B. Bauingenieur-Projektphasen: Planen, Entwerfen, Konstruieren) und Orientierungsphasen sind durch die Kürzungen gefährdet.

4. Die Landesregierung und das Parlament werden aufgefordert die langfristige Abbaustrategie im Hochschulbereich zu revidieren. Der geplante Abbau steht im Widerspruch zu den früher gemachten Zusagen. Die Hochschulen haben am Abbau des Numerus Clausus mitgearbeitet und so eine Öffnung der Hochschulen für mehr Studierwillige ermöglicht. Die Landesregierung hatte sich verpflichtet ihren Teil in Form eines Überlastprogramms für hohe Studentenzahlen zu erbringen, hat aber keine Pfennig dafür ausgewiesen, sondern Mittel gestrichen.

5. Auch die auf Bundesebene geplanten Einsparungen im Bafög-Bereich und im Wohnheimbau betreffen in erheblichen Maß die Hochschulen. Die soziale Lage der Studenten wird mit solchen Maßnahmen verschärft und kann für den einzelnen dazu führen, daß die Durchführung des Studiums überhaupt unmöglich wird oder zumindest oder zumindest eine Verlängerung zur Folge hat, da das Studium durch Jobs finanziert werden muß. Der Konvent widersetzt sich allen Maßnahmen, die auf die Einführung eines sozialen Numerus Clausus hinführen und das Recht auf Bildung zu einem Privileg für wenige machen.

6. Der Konvent empfiehlt den Fachbereichen in der Zeit vom 1.-5.12 die Auswirkungen des Kutusetats 1981 auf ihren Lehrbetrieb aufzuzeigen, zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Als eine geeignete Maßnahme sieht der Konvent an, die Lehrveranstaltungen in dieser Woche so durchzuführen, als wäre die beabsichtigte Mittelkürzung bereits Realität geworden. Im übrigen sollen Lehrveranstaltungen ausfallen, soweit diese mit Inforveranstaltungen oder Demonstrationen kollidieren

7. Die Fachbereiche werden gebeten in der Zeit vom 1. - 5.12. die Auswirkungen des Kultusetats auf ihren Bereich zu diskutieren un gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

8. Der Hochschule ist nicht damit gedient, finanzielle Nachschläge zu Lasten der übrigen Bereiche des Bildungssystems zu erhalten und damit eine relative Besserstellung zu erreichen. Die Hochschulen sind auf ein gutes und durchlässiges Schulsystem angewiesen, Auszehrung in diesem Bereich hat auch auf das Studium und die Lehre negative Auswirkungen. Dem Anliegen der Hochschule bezüglich Finanzierung wird auch nicht gedient durch Verteilungskämpfe zwischen und innerhalb von Hochschulen.

Die Punkte 1 - 5 und 7 - 8 wurden einstimmig von den anwesenden Konventsmitgliedern angenommen. Zu Punkt 6 wurde der Antrag der Juso-Hochschulgruppe (unterstützt von Basisgruppen und sonstigen Mitarbeitern) - in dem Antrag heißt es, daß der Lehrbetrieb in der Woche vom 1.-5.12. eingestellt werden soll - knapp abgelehnt. Der vorliegende Antrag für Pkt. 6 wurde bei 34 Fürstimmen angenommen.

THD intern

E X T R A 28.11.1980

Auf Grund des Konventsbeschlusses vom 26.11.1980 empfehle ich, am Montag, den 1.12. und Dienstag, den 2.12. sämtliche Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen. Das Gleiche gilt für Donnerstag, den 4.12., nachmittags, da zu diesem Zeitpunkt eine zentrale Podiumsdiskussion, von der Studentenschaft veranstaltet, stattfindet.

Im übrigen bin ich damit einverstanden, wenn von den Dekanen bzw. den betroffenen Professoren im Einzelfall Lehrveranstaltungen abgesagt werden, die mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen auf Fachbereichsebene zeitlich kollidieren.

gez. Böhme